

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.

zu der vereinbarten entwicklungspolitischen Debatte

Am Donnerstag, dem 21. Oktober 1993 hat die Armee in Burundi die erst drei Monate währende Demokratie beendet. Inzwischen ist klar, daß Präsident Ndadaje ermordet worden ist, mit ihm weitere Verantwortungsträger der Demokratie. Hunderttausende sind auf der Flucht ins benachbarte Ruanda.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt aufs schärfste den Staatsstreich, die begangenen Morde und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen. Er weist darauf hin, daß die Lage in Burundi sich so lange nicht normalisieren kann, wie die Armee einseitig durch die Minderheit der Bevölkerung besetzt ist und auch in Zukunft jede von einer Mehrheit gewählte demokratische Regierung weggeputscht werden kann. Da weiter zu befürchten ist, daß die Armee – wie schon in der Vergangenheit – ihre Massaker an der Mehrheit der Bevölkerung fortsetzen wird, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. Gemeinsam mit ihren Bündnispartnern internationalen Druck auf das Militärregime auszuüben und auf baldige Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse zu drängen.
2. Bei der zukünftigen Entwicklung darauf zu achten, daß die Armee umstrukturiert und ihre Führung der Herrschaft der Minderheit entzogen wird.
3. Ruanda bei der Bewältigung der durch die ins Land strömenden Flüchtlinge entstandenen Probleme zu helfen und umgehende humanitäre Hilfe zu leisten.

4. Die finanzielle entwicklungspolitische Zusammenarbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn eine Rückkehr zur Demokratie erfolgt ist.

Bonn, den 24. Oktober 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion